



Foto: David Ausserhofer

Der G 8-Gipfel in Heiligendamm als Herausforderung auch für die Gewerkschaften. Wenn in Heiligendamm vom 6. bis 8. Juni die „Gruppe der Acht“ zusammentritt, ist mit den Protesten von mehr als 100.000 Globalisierungsgegnern zu rechnen.

um Beschäftigten einen Mindestschutz vor Arbeitgeberwillkür zu gewährleisten.

Das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit hat sich im Zuge der Globalisierung dramatisch zugunsten des Kapitals verschoben. Globale Finanzmärkte und grenzüberschreitend agierende Unternehmen verfügen inzwischen über ein gigantisches Erpressungspotenzial gegen über Nationalstaaten (Steuer- und Umweltdumping, Deregulierung der Arbeitsmärkte) und gegenüber nur nationalstaatlich agierenden Gewerkschaften.

Aus dieser historischen Defensive müssen wir herauskommen, indem wir uns dem Kapital an die Fersen heften, Sprachschwierigkeiten und wechselseitige Unkenntnis überwinden und das Gemeinsame in unseren Interessen erkennen, grenzüberschreitend auf allen gewerkschaftlichen Ebenen zusammenarbeiten und zu Protesten und Widerstand zusammenfinden, wie bei der Streikdemonstration gegen die Bolkesteinrichtlinie, wie bei den internationalen Streiks der Hafendarbeiterinnen und Seeleute und wie jetzt im Juni 2007 gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Heiligendamm.

Wir wissen, dass wir erst am Anfang dieses Weges stehen. Aber wir wissen auch, dass wir nur durch die Überwindung der Konkurrenz untereinander und mit Hilfe global handlungsfähiger Gewerkschaften dem global

GewerkschafterInnen rufen auf gegen Standortkonkurrenz und weltweites Lohndumping

Nein zu G 8 – Gewerkschaften auf die globale Bühne!

Als Gewerkschafterinnen aus vielen Ländern sind wir Teil des Protestes gegen den G 8-Gipfel 2007 in Heiligendamm. Wie keine andere internationale Institution sind diese jährlichen Gipfeltreffen Symbol der weltweiten neoliberalen Dominanz. Weltwirtschaftsgipfel dienen der globalen Koordination und der Machtaufteilung. Damit stabilisieren sie die neoliberale Weltwirtschaftsordnung mit ihren immer schlimmeren Folgen für die Mehrheit der Menschen. Eine elitäre Minderheit eignet sich dabei den Reichtum an, den Millionen Menschen produzieren.

Wir unterstützen den Protest gegen imperiale Machtstrategien und Kriege, gegen den Raubbau an der Natur und den immer bedrohlicher werdenden Klimawandel. Entgegen seinen Verheißungen treibt der globale Kapitalismus die Menschheit in die Existenzkrise. Ohne Frieden ist alles nichts. Und ohne Antwort auf die drohende Klimakatastrophe ist alles nichts.

Die Globalisierung von Kapital- und Arbeitsmärkten hat die Beschäftigten weltweit in Konkurrenz zueinander gebracht. Skrupellos werden die Belegschaften einzelner Länder, Branchen und Standorte gegeneinander ausgespielt – in einem Dumpingwettbewerb um Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen, Löhne und Menschenwürde. Als Gewerkschafterinnen fordern wir daher:

- Die Kernarbeitsnormen sind ein Menschenrecht und müssen als Mindeststandards

durchgesetzt werden. Dazu zählen die Rechte auf Bildung von Gewerkschaften und auf das Führen von Kollektivverhandlungen, die Abschaffung von Kinder- und Zwangsarbeit und das generelle Diskriminierungsverbot in Arbeit und Beruf. Verstöße müssen öffentlich gemacht und mit harten Sanktionen belegt werden.

- Gesetzliche Höchstarbeitszeit: Arbeitsumverteilung ist das entscheidende Mittel gegen eine Arbeitslosigkeit von 200 Millionen Arbeitslosen und 1,4 Milliarden „working poor“ weltweit. Produktivitätsfortschritte müssen über Arbeitszeitverkürzungen zum gesellschaftlichen Fortschritt werden: die 30-Stunden-Woche ist das Ziel, die 40-Stunden-Woche muss weltweit gesetzliche Höchstarbeitszeit werden.
- Mindestlöhne, die es in einigen Ländern, wenn auch unzureichend, schon gibt, müssen zu weltweiten Mindeststandards werden. Mit jeweils 60 Prozent des nationalen Durchschnittlohns müssen sie globale Gültigkeit entfalten.
- Systeme der öffentlichen Daseinsvorsorge und Zukunftssicherung müssen aufgebaut bzw. vor Privatisierung und Kommerzialisierung geschützt werden. Gesundheit, Bildung, öffentliche Sicherheit und die natürlichen Lebensgrundlagen dürfen nicht zur Ware werden.
- Betriebliche Schutz- und Beteiligungsrechte müssen gesetzlich geregelt werden,

agierenden Kapital wirkungsvoll entgegentreten können.

Dieser Aufruf wurde von zahlreichen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern unterzeichnet.

Kontakt: Dirk Spöri, spoeri@gmx.net, Tel. 01 60 / 7 94 21 95, Auwaldstr. 29, 79110 Freiburg

50 Jahre in der GEW

Zum 50-jährigen GEW-Jubiläum gratulieren wir im April folgenden Kolleginnen und Kollegen und danken für ihre langjährige Mitgliedschaft:

Ewald Albers, Zeven; Martin Behnke, Großheide; Gerda Hauptmann, Wilhelmshaven; Johannes Heinecke, Moringen; Dr. Heinrich Hofmeister, Hildesheim; Sigrid Legutke, Cuxhaven, Hans Meinert, Wildeshausen; Gertrud Pfeifer, Hannover; Klaus Schultz, Suderburg; Carl-Friedrich Standke, Bodenwerder; Nonno De Vries, Schüttauf; Klaus Wettig, Göttingen

Unser Dank gilt außerdem allen Kolleginnen und Kollegen, deren Mitgliedschaft sich in diesem Monat zu einem weiteren Jahr rundet.